

II- 401 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XII. Gesetzgebungsperiode

DER BUNDESMINISTER
FÜR
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
Zl. 89.996-4b(POL)70

Wien, am 28. Juli 1970

Parlamentarische Anfrage Nr. 83/J
an die Bundesregierung betreffend
die Europaratempfehlung Nr. 562
(Verwaltung der Umwelthygiene)

114 / A.B.
zu 83 / J.
Präs. am 30. Juli 1970

Anfragebeantwortung

Die Abgeordneten Dr. SCRINZI, MEISSL und Genossen haben unter Bezugnahme auf die Empfehlung Nr. 562 der Beratenden Versammlung des Europarates betreffend die Verwaltung im Bereich der Umwelthygiene an die Bundesregierung die Anfrage gerichtet, ob sie bereit sei, entsprechend den in genannter Empfehlung enthaltenen Vorschlägen, insbesondere denjenigen in Absatz 6 (b) (1), zu handeln.

Namens der Bundesregierung beehre ich mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Die Beratende Versammlung des Europarates hat die Empfehlung Nr. 562 am 30. September 1969 angenommen. Das Ministerkomitee hat anlässlich seiner 190. Sitzung, die in der Zeit vom 1. - 15. Juni 1970 stattgefunden hat, beschlossen, diese Empfehlung zur Stellungnahme den Expertenkomitees für Volksgesundheit und für den Schutz der Natur und der Naturschätze zu übermitteln. Ihr Inhalt steht sohin vorerst in Behandlung durch diese Expertenkomitees. Erst auf Grund der Stellungnahme dieser Komitees wird das Ministerkomitee über eine weitere Veranlassung hinsichtlich der gegenständlichen Empfehlung und einer allfälligen Weiterleitung an die Regierung der Mitgliedstaaten des Europarates Beschluss fassen.

./.

- 2 -

Die Probleme der Umwelthygiene umfassen, wie die blosse demonstrative Aufzählung der einzelnen Bereiche der Umwelthygiene in der Präambel der Empfehlung zeigt, so verschiedenartige Gebiete wie den Wohnungsbau, die Unschädlichkeit und einwandfreie Beschaffenheit von Lebensmitteln, die Reinhaltung der Luft und des Wassers, die Lärmbekämpfung und die Beseitigung von Abfallstoffen. Dem Bund kommt gemäss den Bestimmungen der Bundesverfassung nur auf einigen dieser Gebiete eine Gesetzgebungs- oder Vollzugskompetenz zu. Es wird daher vor allem eine bessere Koordination zwischen den mit der Besorgung der einzelnen Verwaltungsaufgaben betrauten Stellen angestrebt werden. Ausserdem scheint zunächst auch eine Koordinierung der Aktivitäten der verschiedenen internationalen Organisationen in Fragen der Umwelt erforderlich. So wird es vor grundsätzlichen Entscheidungen insbesondere nützlich sein, die Ergebnisse der von den Vereinten Nationen für 1972 in Stockholm geplanten Konferenz über Umweltprobleme zu berücksichtigen.

Diese Auffassung der österreichischen Bundesregierung wurde auch vom österreichischen Vertreter im Komitee der Ministerdelegierten auf deren 188.Tagung im April d.J. zum Ausdruck gebracht.

